

# KULTURFORUM

## STADT BERLIN DER SOZIALDEMOKRATIE e. V.

### **Konsequenzen aus Corona: 10 Punkte für die Kultur**

Die Corona-Pandemie hat zehntausende Künstlerinnen und Künstler in eine bedrohliche Lage gebracht. Trotz vieler Initiativen seit Beginn der Pandemie – durch erhebliche finanzielle Mittel auf Bundes- und Länderebene, durch bürgerschaftliches Engagement, aber auch durch die Kultur selbst -, erscheinen die Anstrengungen aus heutiger Sicht nicht ausreichend, waren teilweise unkoordiniert und in der Adressierung willkürlich.

Dies gilt ebenso für die Handhabung bei der Öffnung und der Untersagung von kulturellen Aktivitäten. Für viele Bereiche der Kultur gibt es seit über einem Jahr keine bzw. nur bescheidene Arbeitsmöglichkeiten. Erst allmählich kann sich Kultur auf verlässliche Kriterien stützen, wie wieder anzufangen wäre. Es bleibt weiterhin bei punktuellen Hilfen, eine koordinierte und für die unterschiedlichen Situationen von Künstlerinnen und Künstlern einsehbare Vorgehensweise fehlt. Eine Strategie für die Zeit „danach“ ist insgesamt nicht erkennbar.

Dabei geht es um drei Ebenen:

- Die Wiederaufnahme der Arbeit für alle kulturellen Bereiche zu gewährleisten, sobald dies möglich ist;
- Hilfen zum Neustart in ausreichender Form für Künstler:innen, Projekte und Institutionen bereitzustellen;
- Programme für die Beseitigung von Defiziten aufzulegen, die in der Krise offenbar wurden wie für die Innovationen, die in der Krise produziert wurden.

Der folgende Text richtet sich an die für die Kultur Verantwortlichen und die zuständigen parlamentarischen Gremien hier in Berlin, wie in allen Ländern, in den Kommunen und auf der Bundesebene sowie die damit befassten Kultur- Organisationen. Bei aller unterschiedlicher Aufgabenstellung in unserem föderalen System sind vor allem in einer Situation wie der gegenwärtigen gute Koordination und klare Verantwortlichkeiten die ersten Gebote in Politik und Verwaltung.

Der Text ist nicht von Kulturschaffenden, sondern von Kulturnutzenden verfasst. Allerdings gab es eine Reihe von Gesprächen mit Künstler:innen und Akteur:innen aus unterschiedlichen Sparten. Es ist kein fertiges Programm, sondern ein Aufruf zur Diskussion, wie mit der schwierigen Lage umzugehen ist, die durch die Corona-Pandemie für Künstlerinnen und Künstler, für Kulturinstitutionen wie Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft entstanden ist.

Auch wenn die folgenden Punkte mit Blick auf Kunst und Kultur formuliert sind, verstehen sich die Forderungen für viele, die im weiteren Sinne zur Kultur- und Kreativwirtschaft gehören.

## **Punkt I: Den Neustart initiieren. Chancengleichheit für die Kunst**

Die wichtigste Voraussetzung für die Kunst insgesamt wie für alle Kulturschaffenden ist Verlässlichkeit. Maßnahmen wie das Infektionsschutzgesetz, die künstlerische Tätigkeiten einschränken oder insgesamt untersagen, erfordern gleichzeitig Regelungen, die den Wiedereinstieg definieren. Hierbei geht es nicht um eine Bevorteilung der Kunst, sondern um Chancengleichheit. Wir fordern ein verbindliches Verfahren zur Justierung und Anerkennung von Konzepten und Vorgehensweisen. Dabei darf es nicht bei allgemeinen Verfügungen - „geht“/„geht nicht“ - bleiben. Gefordert sind Verständigungen über Standards, Stufenpläne, Alternativprojekte usw., die gemeinsam mit den Kulturschaffenden entwickelt wurden und werden.

## **Punkt II: Den Neustart initiieren: Einnahmeverluste ausgleichen.**

Trotz der vielen Hilfestellungen wird mit der Dauer der Pandemie die Lage der Kunst und der Künstlerinnen und Künstler immer dramatischer. Die unterschiedlichen Maßnahmen - Soforthilfen, Stipendienvergaben, verschiedenste Förderprogramme - sind für den Moment eine Hilfe, sind aber meist nicht nachhaltig und längerfristig ausgelegt.

Wir fordern ein, durch die Pandemie bedingte Einnahmeverluste insgesamt auszugleichen, Maßnahmen wie das von den Gewerkschaften geforderte Kurzarbeitergeld für Soloselbständige Künstlerinnen und Künstler einzuführen und erweiterte Nebenverdienstmöglichkeiten in Sondersituationen wie der Pandemie in der Künstlersozialkasse einzuräumen.

## **Punkt III: Den Neustart initiieren: Fonds für die Wiederbelebung der Kultur.**

Selbst die wünschenswerte schnelle Überwindung der Pandemie wird vielen Kulturschaffenden, Institutionen und Projekten keinen einfachen Weg eröffnen, die künstlerische Tätigkeit wiederaufzunehmen. Der Neuanfang verursacht Kosten, vor allem wenn hierzu Investitionen in den Ablauf, Spielbetrieb, räumliche Organisation zu leisten sind. Hierbei geht es auch um Unterstützung für ehrenamtlich organisierte Kulturangebote (z.B. Chöre, Orchester) incl. von Soforthilfen für deren professionelle Unterstützung (z.B. Dirigenten).

Daher werden Initiativen notwendig, die Hilfestellungen zur Wiederaufnahme leisten. Bund und Länder sind aufgefordert, Hilfsfonds für die mittelfristige Absicherung kultureller Aktivitäten einzurichten.

## **Punkt IV: Innovationen der Krise nutzen. Digitale Verfahren voranbringen.**

Die Pandemie hat in vielen Bereichen die Richtung für Innovationen bei der Weiterentwicklung digital gestützter Verfahren deutlich gemacht. Gegenwärtig wird allerdings die Ausnahmesituation eher für die Durchsetzung von privaten Geschäftsinteressen genutzt, um eine weitergehende Marktbeherrschung zu erreichen. Viele Künstlerinnen und Künstler sind jetzt im Internet unterwegs, sich mit Musik/Klängen, mit Visualisierungen, mit Virtual-Reality- Formaten oder mit neuen interaktiven Verfahren zu beschäftigen.

Ebenfalls hat die Wiedergabe von Kunstereignissen im Netz in der Krise an Fahrt aufgenommen, was eine Herausforderung in technischer wie dramaturgischer Hinsicht bedeutet. Die Digitalisierung von Kunstwerken ersetzt nicht den Wert des Authentischen, öffnet aber neue Pfade für Kulturproduktion und Rezeption. So können digitale Verfahren in der Musik z. B. von Chören auch für Konzertformate genutzt werden.

Wir brauchen eine Investitions- und Förderinitiative für netzbasierte Ästhetik und die breite Bereitstellung digitaler Technik für kulturelle Projekte. Zur Finanzierung kann die Einführung einer Digitalsteuer für die umsatzstarken Gewinner der Pandemie beitragen. Es müssen zudem entsprechende Software-Programme und neue Bezahlmodelle entwickelt werden, die von unterschiedlichen Akteuren plattformübergreifend genutzt werden können.

## **Punkt V: Konsequenzen aus der Krise – Stadt und Kultur als Partnerschaft**

Die vielfältigen und vielfachen Versuche, Kunst und Kultur als anspruchsberechtigt im öffentlichen Planungsprozess zu etablieren, hatten bis heute wenig Erfolg. Im Gegenteil: In der neoliberalen Phase der Stadtentwicklung wurden selbst bis dahin geübte Formen kultureller Gestaltung wie zum Beispiel die Kunst am Bau bzw. Kunst im öffentlichen Raum zurückgedrängt, wie auch die Berücksichtigung kultureller Infrastruktur bis hin zum Verzicht auf qualifizierte Auswahlverfahren für Architektur durch Wettbewerbe.

Die Pandemie macht deutlich, wie anfällig unsere Städte mit ihren konsumorientierten Hotspots, leblosen Büro-Archipelen, isolierten Wohnquartieren und fehlenden Freiräumen sind. In der Isolationshaft von Corona wurden die urbanen Monokulturen zu Aus- und Einsperrzonen.

Wir brauchen die gemischte Stadt, in der die Kultur ihren Platz hat. Urbane Mischung wird als Lösungsansatz in Fachkreisen gerne thematisiert, eine ernsthafte Annäherung an bereits formulierte Zielvorstellungen ist in der Wirklichkeit überkommenen Planungsrechts kaum zu finden. Eine Stadtentwicklung der Unterwerfung unter privatkapitalistische Renditeinteressen setzt die meisten Anstrengungen für eine lebenswerte Stadt zusätzlich außer Gefecht.

Die durch Corona beschleunigte Entwicklung digital gesteuerter Distribution, die mögliche Dezentralisierung von Bürotätigkeiten in privaten Homeoffices und die zusätzlich forcierten Anstrengungen zur Minderung des motorisierten Individualverkehrs werden erhebliche Auswirkungen auf die Städte haben. Vor allem ein absehbarer Niedergang städtischer Einkaufszentren erfordert, den urbanen Raum neu zu vermessen.

Die Politik ist aufgefordert, diese Veränderungen von Beginn an gemeinwohlorientiert zu organisieren. Mit Stadtentwicklungsplänen, die kulturelle Infrastruktur als Kernelemente der Stadtentwicklung berücksichtigen kann dieses Ziel erreicht werden.

Durch eine klare Verankerung in der Gesellschaft kann die Rolle von Kultur gestärkt werden. Kultur braucht dafür die Partnerschaft der Stadtgesellschaft. Gerade im Hinblick auf den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kultur ist die Stadtgesellschaft mit ihren Kulturfördervereinen und zahllosen Initiativen aktiver Bürger:innen ein wichtiger Faktor und wird nach der Pandemie noch dringender gebraucht. Als Partnerin der Kultur und Sprachrohr des Publikums von Kulturangeboten hilft sie, dass Strukturen in den verschiedenen Lebensbereichen wiederaufgebaut und weiterentwickelt werden - z. B. durch kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche, Studierende, Senioren.

## **Punkt VI: Konsequenzen aus der Krise - Neue Räume für die Kunst**

Kunst – zeitgenössisch oder klassisch, als Atelier oder Arena - findet bis heute überwiegend auf nicht ausreichenden, häufig wenig funktionellen und oft nicht bezahlbaren Flächen innerhalb von Bestandsarchitektur statt. Ausnahme ist der Museumsbereich, der am meisten von den Investitionen in eine touristisch ausgerichtete Kulturpolitik profitiert. Die Theater mit ihren Guckkastenbühnen, traditionelle Konzertsäle, aber auch Orte der Kunstproduktion wie Ateliers haben Raumprobleme und Probleme mit den Räumen. Kulturräume - wenn sie denn überhaupt neu entstehen – werden weiterhin vorrangig als Vorzeigeorte konzipiert und nicht unter dem Aspekt notwendiger Infrastruktur. Kunst braucht zweckmäßige, d.h. wandelbare Räume, die sich einer veränderten ästhetischen Praxis nicht in den Weg stellen.

Corona hat gezeigt, dass zusätzliche kulturell nutzbare Freiluftorte geschaffen werden müssen, die in den engen Grenzen zwischen Veranstaltungserfordernissen und Bedürfnissen der Anwohner:innen bestehen können.

Hinzu kommt seit Jahrzehnten das Ärgernis der politischen Blockade gegenüber Regelungen zur Eindämmung von Gewerbemieten. Wer die Städte weder der Verwüstung noch einer ständig erneuerten Profitgier aussetzen will, muss Gewerbemieten generell bzw. für kulturelle Zwecke begrenzen.

Die neuerliche durch Corona beschleunigte Bewegung in die Peripherie und „auf das Land“ als Gegenstück zur weiterhin stattfindenden Landflucht erfordert schließlich eine Planung über die Verwaltungsgrenzen von Städten und Gemeinden hinaus. Die Chance, ländlichen Räumen neue Entwicklungschancen zu geben, liegt in einer produktiven und sich der Kultur öffnenden Planungs Kooperation zwischen Stadt und Land.

## **Punkt VII: Konsequenzen aus der Krise - Handlungssicherheit für die Kultur, Kulturfördergesetze verabschieden**

Die Dramatik der Coronakrise hat sich vor allem in der Unsicherheit über die „Anspruchsberechtigung“ von Kunst, von Künstler:innen und von künstlerischer Praxis gezeigt. Diese Unsicherheit hat ihren Grund in der rechtlichen Grauzone, in der sich die Kultur insgesamt befindet. Kunst wird nach wie vor als ein optionales Terrain staatlichen Engagements betrachtet. Weder gelten für die Entwicklung kultureller Infrastruktur die Daten der Bevölkerungsentwicklung, noch gibt es als notwendig erachtete Versorgungsvorgaben z. B. für Soloselbstständige. Ebenso gibt es keine verbindlichen Standards im Bildungs- und Ausbildungssektor, etwa für die kulturelle Bildung.

Der fehlenden Verankerung der Kultur in das gesellschaftliche Pflichtenheft kann nur begegnet werden, wenn es hierfür einen rechtlichen Rahmen gibt. Dies kann durch Kulturfördergesetze und Kultur-Entwicklungsplanungen erreicht werden, wie sie bereits in einigen Bundesländern auf den Weg gebracht wurden. Dabei sollten allerdings über die Maßgaben der bereits vorliegenden Gesetze hinaus deutlichere Verbindlichkeiten hergestellt werden. Kulturfördergesetze können so als sinnvoller Ausgangspunkt genutzt werden, um kulturelle Standards zur Normalität gesellschaftlicher Infrastruktur werden zu lassen.

## **Punkt VIII: Konsequenzen aus der Krise - Grundeinkommen schaffen.**

Die Pandemie ist ein Warnhinweis, die soziale Sicherung für Künstlerinnen und Künstler wie für andere Berufsgruppen mit einem hohen Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen auf eine neue Grundlage zu stellen.

Gefordert sind konkrete Umsetzungen für ein Grundeinkommen, das Menschen mit geringem bzw. unregelmäßigem Einkommen dauerhafte Sicherheiten wie auch einen Zugang zur Arbeitslosenversicherung und zum Kurzarbeitergeld bietet. Ebenso muss die Grundsicherung im Alter ausreichend für einen menschenwürdigen Lebensunterhalt sein. Die bestehenden Regelungen sind nicht ausreichend und stellen lediglich eine weitere Nachbesserung überholter Sozialsysteme dar.

Darüber hinaus braucht es dringend gesetzlich verpflichtende Mindeststandards für sämtliche Vertragsarten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen.

## **Punkt IX: Konsequenzen aus der Krise - Künstler:innen brauchen Perspektiven.**

Jenseits einer Grundsicherung werden punktuelle Hilfen erforderlich, um in bestimmten Lebenssituationen die eigene Tätigkeit zu konsolidieren, auszubauen oder einen anderen beruflichen Weg einzuschlagen. Dies können Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen und das Erlernen neuer Techniken sein, es kann um technische Ausrüstung gehen oder um Hilfen für Gewerbeerfindungen usw. Daher sind auch Vorschläge wie „Gründungszuschüsse“ für Soloselbstständige verbunden mit Coaching und Qualifizierung gefragt, um eine selbstständige Tätigkeit im Kunst-, Kultur- und Kreativbereich als Überbrückung für aktuell betroffene Kreative zu fördern, aber auch einen Ausblick auf neue (digitale) Geschäftsmodelle nach der Krise zu schaffen.

Eine solche Hilfe zur Weiterentwicklung der beruflichen Möglichkeiten ist nicht allein zur persönlichen Qualifizierung hilfreich, sondern darüber hinaus für eine volkswirtschaftlich gewünschte Entwicklung von Bedeutung.

## **Punkt X: Die Freiheit von Kunst und Kultur verteidigen.**

Kunst und Kultur sind in Gefahr. Nicht erst seit der Corona-Pandemie sind berufliche Existenzen, Projekte und Institutionen bedroht. Freiheit der Kunst wurde und wird eingeschränkt durch Immobilienspekulation, die die Vielfalt in den Städten vernichtet, durch die Allmacht der Plattformökonomie mit ihren Monopolisierungsbestrebungen. Kunst und Kultur sind ebenso gefährdet durch die gegen die Freiheit der Kunst gerichtete Politik des Rechtspopulismus wie von selbst ernannten Zensurinitiativen.

Wir brauchen eine Stärkung des Kulturellen in der Arena des Politischen – ganz in der Tradition eines weiten, über die Künste hinausgehenden Kulturbegriffes und einer Kulturpolitik, die sich als Gesellschaftspolitik versteht. Es geht um Kultur als Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens, um Fragen, wie wir leben wollen, um Werte und Bildung, um Fragen kultureller Vielfalt und Identität und um Demokratie und Solidarität angesichts der Kulturalisierung von Konfliktlinien. Der Kampf um die materielle Existenz der Kunst und ihrer Akteure ist nicht zu trennen von dem Kampf um die Freiheit der Kunst. Kunst bedarf nicht des Segens einer „Systemrelevanz“, Kunst ist Maßstab für den Freiheitsgrad der Gesellschaft.

*Wir danken allen, die dabei mitgeholfen haben, dieses Papier zu formulieren. Unser besonderer Dank gilt: Heidi Sill, bbk Berlin, Petra Merkel, Chorverband Berlin, Georg Scharegg, Theaterdiscounter Berlin, Hella Dunger-Löper, Landesmusikrat Berlin sowie Dr. Annette Fugmann-Heesing und dem Vorstand des Dachverbandes der Kulturfördervereine in Deutschland e.V.*

Berlin, 03.05.21

verantw.: Kulturforum Stad Berlin der Sozialdemokratie e.V.  
Joachim Günther, Mail: [post@kultur-in-berlin.com](mailto:post@kultur-in-berlin.com), Homepage: [www.kultur-in-berlin.com](http://www.kultur-in-berlin.com)